

## Geschichtspolitische Frontbegradigung

Am 3. Juni 2022, anlässlich der Bundestagdebatte zur Veränderung des Grundgesetzes, mit der das 100 Mrd.-Euro-Aufrüstungsprogramm in einem Sonderhaushalt ermöglicht werden sollte, sprach Außenministerin Annalena Baerbock vom „Vernichtungskrieg“ Russlands, den wir jetzt im Donbass erleben. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz sprach wiederholt, so bei einer Rede vor dem Übersee-Club in Hamburg, vom russischen „Angriffs- und Vernichtungskrieg“.<sup>1</sup>

Im politischen Raum ist die Charakterisierung des russischen Angriffskrieges als „Vernichtungskrieg“ verbreitet, sehr viel häufiger liest man sie allerdings in der deutschen Presse. Michael Hanfeld, stellvertretender Feuilleton-Chef der FAZ, nutzt diesen Terminus besonders aggressiv und bringt ihn bevorzugt gegen Menschen ins Spiel, die die unbedingte Kriegsrhetorik gegenüber Russland ablehnen und Verhandlungen sowie einen baldigen Waffenstillstand fordern. Am 1. Juli attackiert er die Unterzeichner/innen des Aufrufs „Waffenstillstand jetzt“<sup>2</sup>, die eine Verständigung mit Russland anstreben: „Verständigen wir uns über einen Völkermord? Was nicht auftaucht [im Aufruf, G.W.], sind die systematische Brutalität, mit der die russische Armee vorgeht, die grenzenlose Grausamkeit, die zeigt, dass die Invasoren den Ukrainerinnen und Ukrainern das Menschsein absperechen und meinen, man dürfe sie foltern, vergewaltigen, verschleppen, ermorden und ihre Kultur auslöschen. Was nicht auftaucht im Waffenstillstandsappell ist Putins Faschismus.“ (FAZ, 1.7.22, S. 15) Zustimmung zitiert er den damaligen ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk, der die Unterzeichner als „pseudo-intellectual loser“ verhöhnt, die sich zum Teufel scheren sollten.

Hanfeld zufolge führt Russland in der Ukraine also einen faschistisch motivierten Vernichtungskrieg. Am 9. Juli legt er noch einmal nach und spricht vom russischen „Vernichtungsprogramm, das Putin und sein Regime der russischen Bevölkerung einhämmern, von Kindesbeinen an.“ (FAZ, 9.7.22, S. 14) Auch von Sascha Lobo werden die Begriffe Faschismus und Vernichtungskrieg vorzugsweise zur Charakterisierung des russischen Überfalls genutzt. So spricht er vom „faschistoiden Fundament“ in der russischen Mehrheitsgesellschaft, auf dem der „Angriffs- und Vernichtungskrieg“ ruhe.<sup>3</sup> In seiner berüchtigten Kolumne zum „Lumpen-Pazifismus“ schrieb Lobo von Putin als „russischem Faschistenführer“.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> FAZ, 6.5.22, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bundeskanzler-olaf-scholz-spricht-von-russischem-vernichtungskrieg-18010393.html>

<sup>2</sup> <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>

<sup>3</sup> Der Spiegel, 6.4.22, <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/ukraine-krieg-wladimir-putin-ist-nicht-das-einzig-russische-problem-kolumne-von-sascha-lobo-a-9f0c129e-a3a0-4e4b-a3ad-00a52825a0d2>

<sup>4</sup> Der Spiegel, 20.4.22, <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/ukraine-krieg-der-deutschen-lumpen-pazifismus-kolumne-a-77ea2788-e80f-4a51-838f-591843da8356>

## **Parallelisierung mit der NS-Vergangenheit**

Es lässt aufhorchen, wenn führende Politiker/innen und Medienorgane in Deutschland mit eben jenen Begriffen zur Charakterisierung Russlands und seines Angriffskrieges arbeiten, die vor allem für das bis heute exzeptionelle Gewaltregime des deutschen Faschismus stehen. Jede/r historisch interessierte und informierte Zeitgenosse/in in Deutschland denkt beim Begriff Vernichtungskrieg sofort an den Krieg Nazideutschlands in Osteuropa, vor allem in der Sowjetunion. Es kann also kein Zufall sein, dass genau diese Begrifflichkeit jetzt auf Russland angewandt wird.

Am 12. Juli 2022, viereinhalb Monate nach Kriegsbeginn, veröffentlicht die UNO eine Zwischenbilanz zu den zivilen Kriegstoten des aktuellen Krieges in der Ukraine. Demnach geht die UNO von 5.024 zivilen Toten und 6.520 Verletzten aus. Sicher ist man sich, dass die realen Zahlen höher liegen, die genannten Fälle gelten jedoch als bestätigt.<sup>5</sup> Rechnet man die Soldaten auf beiden Seiten hinzu, muss von mehr als 50.000 Toten bisher ausgegangen werden.

Ohne jeden Zweifel führt Russland in der Ukraine einen brutalen Angriffskrieg, bei dem es auch zu Kriegsverbrechen kommt, wie sie in Butscha und anderen Orten begangen worden sind. Und ohne Zweifel wird die russische Kriegsführung von einer Propaganda begleitet, die zu Enthemmung und Entmenschlichung des Gegners führen kann. Keinerlei Hinweise gibt es hingegen bis heute darauf, dass von russischer Seite ein dem NS-Regime vergleichbarer Vernichtungskrieg in der Ukraine geplant ist. Vielmehr bewegen sich die russischen Kriegsverbrechen im Rahmen dessen, was in so vielen ähnlichen Kriegen zu verzeichnen war, vom Napalm- und Agent-Orange-Einsatz der USA in Vietnam über die Bombardierungen jugoslawischer Städte bis zum Lager Abu Ghraib und den Folterungen Gefangener im Irak oder den Tötungen durch westliche Spezialeinheiten in Afghanistan. So sieht der Historiker Ulrich Herbert den Irakkrieg als Vergleichsgröße: „Was die Größenordnungen angeht, kann man vielleicht an den zweiten Irakkrieg denken, der 2003 begann und über die Jahre etwa 600.000 Tote kostete. Niemand hat diesen Krieg seinerzeit einen Vernichtungskrieg genannt.“<sup>6</sup> Auf die Frage, ob Russland in der Ukraine einen Vernichtungskrieg führe, sagt Herbert: „Nein. Mit diesem Begriff wird der Krieg von Nazideutschland in der Sowjetunion bezeichnet. Das Ziel war es, alle jüdischen Teile der Bevölkerung und größere Teile der slawischen Bevölkerung zu ermorden und das Land zu zerstören.“

## **Motive der Parallelisierung**

Was ist das Motiv führender Medien und Politiker, den russischen Krieg mit demjenigen Nazideutschlands begrifflich zu parallelisieren? Handelt es sich um Formen eines konservativen Geschichtsrevisionismus, mit dem die deutsche

---

<sup>5</sup> <https://www.ohchr.org/en/news/2022/07/ukraine-civilian-casualty-update-12-july-2022>

<sup>6</sup> taz, 1.7.22, <https://taz.de/Historiker-ueber-Putins-Ukraine-Krieg/!5861372/>

NS-Vergangenheit jetzt Russland angeheftet und damit „entsorgt“ werden soll? Im sogenannten Historikerstreit der 1980er Jahre spielte dieses Motiv die zentrale Rolle. Ernst Nolte sah im Bolschewismus die ursprüngliche Vernichtungsdrohung gegen die Bourgeoisie, gegen die sich die Nazis nur zur Wehr gesetzt hätten, der Archipel Gulag sei dementsprechend „ursprünglicher“ als Auschwitz. Und sein Historikerkollege Andreas Hillgruber verteidigte den „Abwehrkampf“ der Wehrmacht gegen die vorrückende Rote Armee, ohne weitere Worte über den auch von der Wehrmacht geführten Vernichtungskrieg im Osten zu verlieren. Geschichtspolitisch ging es damals um eine Entlastung Deutschlands durch Vergleiche und eine Täter-Opfer-Umkehr sowie realpolitisch um die Erlangung größerer außenpolitischer Bewegungsfreiheit und die Remilitarisierung der deutschen Politik.

Die Erfahrungen der geschichtspolitischen Debatten der 1990er Jahre haben den Eliten jedoch gezeigt, dass geschichtspolitische und realpolitische Elemente voneinander zu trennen sind. Nicht mit einer Umwertung der Vergangenheit, sondern mit ihrer demonstrativen Annahme wurde schließlich die machtpolitische Rückkehr auf die Weltbühne bewerkstelligt. Zwangsarbeiterentschädigung und Holocaustmahnmal sind Voraussetzungen dafür und keine Hindernisse. Insofern ist es kein Widerspruch, dass der Bundestag vor wenigen Wochen der Planung für ein Dokumentationszentrum zum Zweiten Weltkrieg zugestimmt hat, in dem vor allem an den deutschen Vernichtungskrieg erinnert werden soll, und gleichzeitig Russland bezichtigt wird, einen Vernichtungskrieg zu führen. Scholz, Baerbock, Lobo und auch Hanfeld geht es nicht in erster Linie um die Entsorgung deutscher Vergangenheit, sondern um deren (moralische) Nutzbarmachung für aktuelle Politik.

Schon der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg der NATO konnte in Deutschland nur mit dem Verweis auf die Lehren aus der NS-Vergangenheit legitimiert werden. Fischer, Schröder und Scharping nutzten die moralische Ablehnung faschistischer Verbrechen, um mit der Behauptung, ebensolche Verbrechen fänden aktuell im Kosovo statt, Mehrheiten für den Krieg zu gewinnen. Ähnlich verhält es sich heute im Fall des Ukraine-Krieges – auch hier spielt die Legitimierung indirekter militärischer Beteiligung eine wichtige Rolle bei diesen Vergleichen. Ganz in diesem Sinnen argumentiert der Historiker Martin Schulze Wessel in einem in der FAZ vom 25. Juli 2022 abgedruckten Vortrag. Es gehe bei der von ihm befürworteten Verwendung der Begriffe Faschismus, Genozid und Vernichtungskrieg zur Charakterisierung Russlands und des Krieges nicht um eine Relativierung deutscher Vergangenheit: „Ist es nicht vielmehr so, dass aus der Tatsache, dass Russland in der Ukraine einen Vernichtungskrieg führt und genozidale Absichten dabei kaum zu verkennen sind, vor dem Hintergrund des Besatzungsterrors NS-Deutschlands eine besondere deutsche Verantwortung für die Ukraine entsteht?“

Allerdings richten sich aktuell Parallelisierungen mit den NS-Verbrechen gegen Russland und damit ein zentrales Opfer der NS-Gewalt. Insofern verändert die aktuelle Nutzung der NS-Vergangenheit auch das Bild von dieser generell: Dies

zum einen, weil die Dimension des Vernichtungskrieges damit relativiert wird und der Begriff seine historische Spezifik verliert, zum anderen, weil mit der Zuweisung des Begriffs an Russland die Reaktivierung totalitarismustheoretischer Vorstellungen betrieben und die Frage von Schuld und Verantwortung auch historisch verwischt wird.

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ hatte erst in der Mitte der 1990er Jahre dafür gesorgt, dass die Dimension der verbrecherischen deutschen Kriegsführung im Osten und die Beteiligung auch der Wehrmacht über Fachkreise hinaus ins öffentliche Bewusstsein drang. „Kommissarbefehl“, „Gerichtsbarkeitserlass“ und der „Generalplan Ost“ waren Instrumente des Vernichtungskrieges, die auf systematischen Massenmord an den Jüdinnen und Juden und größerer Teile der übrigen Bevölkerung zielten. Wenn in Medien und Politik genau diese, geschichtspolitisch zunächst höchst umstrittene Begrifflichkeit auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine angewandt wird, dann beinhaltet das auch eine Relativierung der NS-Verbrechen.

## **Schuldübertragung statt Schuldabwehr**

Schuldübertragung hat inzwischen die Schuldabwehr früherer Zeiten ersetzt. Lobo, Hanfeld u.a. wollen nicht die deutschen Verbrechen während des Faschismus klein reden, sie wollen jedoch gleiche Verbrechen gerade einem Land zuschreiben, das ein Opfer deutscher Gewalt war. Das fügt sich in eine seit Jahren schleichende Umdeutung der Ursachen und Auslöser des Zweiten Weltkriegs. In einer Resolution des Europäischen Parlaments von 2019<sup>7</sup> wird die Kriegsschuld gleichermaßen Deutschland und der Sowjetunion zugeschoben. Beide „totalitäre“ Mächte hätten Europa unter sich aufgeteilt. An diese Sicht knüpfen gegenwärtige Zuschreibungen wie die eines russischen Vernichtungskrieges an. Sie sollen die These belegen, dass Deutschland seine verbrecherische Vergangenheit aufgearbeitet habe, während Russland in genau diese aktuell zurückfalle.

Zeitlich parallel und in ihrer Funktion ähnlich zeigen zwei andere in den Medien geführte Debatten das Motiv der Schuldübertragung, diesmal bezogen auf das Thema Antisemitismus. Wie bei keinem anderen Thema ist die Debatte hierzu in Deutschland von Zuschreibungen, Fallstricken und (bewussten) Missverständnissen durchzogen. Die ohne Zweifel antisemitischen Motive auf Kunstwerken, die im Rahmen der documenta in Kassel ausgestellt wurden, haben eine breite Feuilleton-Debatte ausgelöst, die auch leidlich differenziert geführt wird. In der FAZ finden sich rund um die Eröffnung der documenta über Wochen fast täglich Artikel, die in ihrer Mehrzahl scharfe Angriffe gegen die Macher der Ausstellung und ihre vermeintliche Verleugnung des Antisemitismus führten. Sie richteten sich auch auf eine Debatte, die unter dem Stichwort „Postkolonialismus“ die exzeptionelle Stellung des Holocaust im kollektiven Gedächtnis des Westens mit Verweis auf die Verbrechen des Kolonialismus in Frage stellt. Un-

---

<sup>7</sup> [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2019-0097\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2019-0097_DE.html)

abhängig von der Frage, wie man diese Debatte aus linker Sicht generell bewertet, fällt doch auf, mit welchem Eifer sich führende Medien wie die FAZ auf den realen oder manchmal auch nur zugeschriebenen Antisemitismus des globalen Südens stürzen. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung zum Ukraine-Krieg wurde das deutlich, als der damalige ukrainische Botschafter Melnyk in einem Interview zum wiederholten Mal seiner Bewunderung für den ukrainischen Faschistenführer Stepan Bandera zum Ausdruck brachte. Nach Überzeugung zahlreicher Historiker/innen ist Bandera für die Kollaboration mit den Nazis und die Verbrechen an den Juden in der Ukraine verantwortlich. Micha Brumlik bezeichnete Melnyk aufgrund seiner Äußerungen zu Bandera als Antisemiten und Holocaustleugner<sup>8</sup>, was jedoch eine Zeitung wie die FAZ und auch die meisten anderen Presseorgane nicht daran hinderte, ihr Bedauern über die Verabschiedung des Botschafters zum Ausdruck zu bringen. Während man also den Antisemitismus heute vor allem linken Aktivisten des globalen Südens zuschiebt, kann man auch als Holocaustleugner Darling der Talkshows und des medialen Mainstreams bleiben.

---

<sup>8</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/warum-melnyks-aussagen-ueber-bandera-ihn-als-holocaustleugner-und-antisemit-ouen-li.243068>